

HRRS-Nummer: HRRS 2010 Nr. 587

Bearbeiter: Karsten Gaede

Zitiervorschlag: BGH HRRS 2010 Nr. 587, Rn. X

BGH 1 StR 158/10 - Beschluss vom 18. Mai 2010 (LG Augsburg)

Betrug; Beschränkung der Strafverfolgung.

§ 263 StGB; § 154a StPO

Entscheidungstenor

1. Auf die Revision des Angeklagten gegen das Urteil des Landgerichts Augsburg vom 23. September 2009 wird

a) die Strafverfolgung mit Zustimmung des Generalbundesanwalts gemäß § 154 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Abs. 2 StPO auf den Vorwurf des Betruges in sieben Fällen beschränkt;

b) das vorbezeichnete Urteil im Schuldspruch dahin geändert, dass der Angeklagte des Betruges in sieben Fällen schuldig ist.

2. Die weitergehende Revision wird verworfen.

3. Der Beschwerdeführer hat die Kosten des Rechtsmittels zu tragen.

Gründe

Das Landgericht hat den Angeklagten wegen "vorsätzlichen Handelns ohne Erlaubnis" - gemeint ist wegen unerlaubten 1
Betreibens von Bankgeschäften (vgl. Senat, Beschl. vom 19. November 1996 - 1 StR 572/96) - in Tateinheit mit Betrug
in jeweils sieben Fällen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von drei Jahren und vier Monaten verurteilt. Mit seiner Revision
rügt der Angeklagte die Verletzung materiellen Rechts.

Der Senat beschränkt mit Zustimmung des Generalbundesanwalts die Strafverfolgung gemäß § 154a StPO auf den 2
Tatvorwurf des Betruges. Dies führt zur Änderung des Schuldspruchs auf Betrug in sieben Fällen.

Im Übrigen hat die Überprüfung des Urteils aufgrund der Revisionsrechtfertigung keinen den Angeklagten 3
beschwerenden Rechtsfehler ergeben. Auch der Strafausspruch hat Bestand. Der Senat kann ausschließen, dass die
Strafkammer ohne den Schuldspruch wegen des jeweils tateinheitlich begangenen unerlaubten Betreibens von
Bankgeschäften auf niedrigere Einzelfreiheitsstrafen oder auf eine niedrigere Gesamtstrafe erkannt hätte. Das
Landgericht hat der Strafzumessung rechtsfehlerfrei den Strafraumen des § 263 Abs. 1, Abs. 3 StGB zugrunde gelegt.
Dabei hat es jeweils die tateinheitliche Verwirklichung des Straftatbestandes des unerlaubten Betreibens von
Bankgeschäften gemäß § 52 Abs. 1 Nr. 2 KWG nicht strafscharfend berücksichtigt; vielmehr hat es die Strafhöhen im
Wesentlichen an den durch die Betrugstaten verursachten Vermögensschäden ausgerichtet.

Im Hinblick auf den nur geringen Teilerfolg der Revision ist es nicht unbillig, den Beschwerdeführer mit den gesamten 4
durch sein Rechtsmittel entstandenen Kosten und Auslagen zu belasten (§ 473 Abs. 1 und 4 StPO).